

Man braucht nicht nur eine Identität

Zum Schluss einer Veranstaltung zum Thema «Integration im Alltag» diskutierten sieben Fachfrauen über «Integration aus Frauensicht». Laut Regierungsrätin Barbara Schneider kommen die Frauen zu kurz.

Integration hat nicht nur mit Religion zu tun. Der Quartiertreffpunkt des Vereins Regenbogen an der Haltingerstrasse im Kleinbasel versteht sich als Begegnungsort von Menschen verschiedener Herkunft.

«Die Integrationspolitik ist auf einem guten Weg, bei der Migrationspolitik habe ich mehr Bedenken», sagte die Grossrätin Andrea Büchler am Schluss einer Diskussion zum Thema «Integration aus Frauensicht». Sieben Fachfrauen nahmen an diesem öffentlichen Podium teil, das von der BaZ-Redaktorin Seraina Gross geleitet wurde. Vorgesehen waren acht Teilnehmerinnen, aber die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth sagte im letzten Moment ab. Mit dieser Diskussion ging eine Veranstaltung der Forschungsgemeinschaft «Mensch im Recht» im Unternehmen Mitte zu Ende. Fachleute hielten während drei Tagen Vorträge und führten Gespräche zum Thema «Menschenrechte konkret - Integration im Alltag».

In den meisten Punkten einig

Zu Auseinandersetzungen kam es bei der Abschlussveranstaltung kaum, die Frauen waren sich in den meisten Punkten einig. Bloss in einem drifteten die Ansichten auseinander. So warnte Claudia Kaufmann, Generalsekretärin des Eidgenössischen Departements des Inneren (EDI), davor, zu proklamieren, die Identität eines Menschen habe über dessen Religion zu erfolgen. Sie sieht eine Gefahr darin, sich ausschliesslich auf eine Identität festzulegen: «Man sollte mehrere Identitäten aushalten, selbst wenn sie sich widersprechen», sagte sie. Offenbar hat der 11. September aber das Gegenteil zur Folge. Laut Margrit Geiser von der Beratungsstelle für binationale Paare und Familien finden seither immer mehr Menschen in der Religion eine Heimat. Amira Hafner vom Interreligiösen Frauenforum bringt Verständnis auf für diese Entwicklung. Als halbe Irakerin und halbe Deutsche, deren Heimat die Schweiz ist, findet sie, dass «die Identität nicht vom Pass abhängt, sondern davon, was für ein Mensch jemand sein will.» Für sie habe die Religion dabei eine grosse Rolle gespielt. Hafner wurde islamisch erzogen - und fordert jetzt Religionsunterricht für muslimische Kinder an öffentlichen Schulen. «Denn das ist relevant für das Zusammenleben mehrere Kulturen.»

Mehr Picknickplätze

Regierungsrätin Barbara Schneider äusserte sich dazu nicht, bezeichnete aber in einem anderen Zusammenhang die Moschee auf dem Kasernenareal als «einzigem zentralen Ort in Basel, an dem täglich mehrere hundert Menschen ihre religiösen Rituale feiern.» Schneider findet, diese Moschee müsse unbedingt dort bleiben. Denn: «Stadtentwicklung heisst, wahrzunehmen, was sich in der Bevölkerung verändert.» So habe sich beispielsweise der Schützenmattpark zu einem beliebten Picknick-Platz für ausländische Familien entwickelt. Darauf müsse reagiert werden, indem weitere Orte geschaffen werden, an denen sich die Menschen «mit ihrer Form von Familienleben identifizieren können», so Schneider. Integrations-Projekte gibt es einige in Basel, doch bei den meisten kommt die Geschlechterperspektive zu kurz. Und das, obschon der Bedarf offenbar da ist: So war unter anderem das Frauenprojekt «Lernen im Park» ein Erfolg. «Es ist uns gelungen, mit viel Kreativität etwas anzubieten, das den Frauen entgegen kam», sagte die Advokatin Béatrice Speiser, die als Vorstandsmitglied des Vereins «Johanna» an diesem Projekt beteiligt war. Für Andrea Büchler bedeutet eine geschlechtsspezifische Optik, «das Potential der Frauen wahrnehmen.» Viele Migrantinnen verfügten über hohe Bildungsabschlüsse, würden aber nicht darin bestärkt, ihre Ressourcen wahrzunehmen. Noch schlimmer sei die Situation bei ausländischen Kabarett-Tänzerinnen: «Es wäre wichtig, diese Frauen in die politische Debatte miteinzubeziehen», sagte sie. Und Barbara Schneider doppelte nach, indem sie konstatierte, dass «der geschlechterspezifische Ansatz in der Politik nur theoretisch ist.» Als Präsidentin der Juristinnen Schweiz kann Regula Kägi-Diener ein Lied davon singen,

was es bedeutet, eine Frau in einer Männerdomäne zu sein. Ihrer Meinung nach ist genügend Potential vorhanden, um private Projekte zu initiieren. Was die Zukunft angeht, fordert Claudia Kaufmann dazu auf, aufzupassen: «Wir dürfen nicht zu sehr in die Defensive gedrängt werden. Es ist wichtig, die offensiven Forderungen beizubehalten.» Amira Hafner liegt die Aufklärungsarbeit am Herzen, laut ihr müssen «nicht nur die Schweizer über den Islam aufgeklärt werden, sondern auch die Muslime selber». Barbara Schneider setzt neben politischen Kampagnen auf Vermittlung. Sie erwarte von den Behörden, dass sie sich stärker für Projekte wie zum Beispiel «Lernen im Park» einsetzen.

Von Martina Rutschmann